

[Träger]

Bremen,
[Telefon]
[eMail]

An die
Senatorin für Kinder und Bildung
AZ: 132
Rembertiring 8-12
28195 Bremen

ANTRAG AUF GEWÄHRUNG EINER ZUWENDUNG

hier:

Der/die Antragsteller/-in beantragt

Haushaltsjahr 20

Hiermit wird für diese Maßnahme für den Zeitraum vom bis eine Zuwendung i.H.v. € auf Grundlage des nachstehenden Finanzierungsplanes beantragt.

Die Finanzierung der Maßnahmen ist wie folgt geplant:

1) Einnahmen

Eigene Einnahmen/ Eigenanteil €
Leistungen Dritter (<u>ohne</u> öffentliche Förderung): €
Leistungen Dritter (öffentliche Stellen <u>ohne</u> Bremen): €
Leistungen Bremen (öffentliche Förderung): €

Summe Einnahmen €

2) Ausgabenⁱ

a. Personalausgaben ⁱⁱ €
b. Sachausgaben €

Summe Ausgaben €

3.) Die beantragten Mittel werden wie folgt benötigt:

Haushaltsjahr:	Personalausgaben:	Sachausgaben:	Insgesamt:

4.) Daten zum Antragsteller

Name der Institution

Rechtsform

Straße

Ort

Telefon

E-Mail

5.) Projektleitung/Ansprechpartner:in

Name/Titel

Telefonnummer

E-Mail

6.) Bevollmächtigter Unterzeichnerⁱⁱⁱ

Name/Titel

Telefonnummer

E-Mail

7.) Erklärungen des Antragstellers

- Der Antragsteller/die Antragstellerin versichert, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde.
- Nach dem am 1.9.2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetz gewähren die Freie Hansestadt Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie Einrichtungen im Sinne von § 4 Landesmindestlohngesetz Zuwendungen gem. §§ 23,44 LHO nur, wenn sich die Empfänger/innen verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn zahlen. Dementsprechend verpflichten sich der Antragsteller/die Antragstellerin, ihren/seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens ein Entgelt von 12,00 € (brutto) je Zeitstunde – zu zahlen.
- Der Antragsteller/die Antragstellerin ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt.

Erklärung ordnungsgemäßen Geschäftsführung:

Der Antragsteller/die Antragstellerin versichert, dass er/sie ordnungsgemäß seine Geschäfte führt.

Er/sie erklärt daher, dass nachfolgende Aussagen **unzutreffend** sind:

- Es wurde oder wird ein Insolvenzverfahren eröffnet.
- Es liegt eine Verurteilung wegen Bankrotts und/oder Subventionsbetrugs und/oder Steuerhinterziehung vor
- Es bestehen Zahlungsrückstände bei Sozialversicherungsträgern
- Es bestehen Verstöße wegen tarifvertraglicher Verpflichtungen und/oder der Beschäftigung von Schwarzarbeitern und/oder gegen Arbeitsschutzregeln.
- Verwendungs- und/oder Zwischennachweise wurden wiederholt verspätet vorgelegt.
- Zuwendungen wurden wiederholt unwirtschaftlich verwendet und/oder nicht zweckentsprechend verwendet und/oder nicht alsbald verwendet.
- (Die) Bewilligungsbehörde(n) wurden über einen bereits erfolgten Maßnahmenbeginn getäuscht.
- Ausgaben wurden nicht belegt.
- Vorgegebene Antrags- und Nachweisunterlagen wurden trotz mehrfacher Aufforderung nicht verwandt.
- Fristen wurden wiederholt ohne hinreichende Gründe versäumt.
- Einnahmen und/oder Ausgaben wurden nicht ordnungsgemäß verbucht.

Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass er/sie und das von ihm/ihr rekrutierte Personal über die fachliche Eignung und Kompetenz verfügt, die zur Durchführung des Projekts und zur Umsetzung des Zuwendungsziels erforderlich sind.

Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass für das von ihm/ihr rekrutierte Personal ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorliegt.

Die Bonität des Antragstellers ist gewährleistet.

Erklärung zum Datenschutz:

Der Antragsteller/die Antragstellerin erklärt, dass ihm/ihr bekannt ist, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist sowie dass ihm/ihr die entsprechenden Inhalte der Datenschutzinformation nach Art. 13 DSGVO (siehe Anlage) , bekannt sind. Ferner erklärt er/sie, dass ihm/ihr bekannt ist, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können und das Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzportal veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu

anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht. Ferner erklärt der Antragsteller/die Antragstellerin, dass er/sie das übermittelte Informationsschreiben zur Erhebung von Daten bei Dritten nach Art. 14 DSGVO auch an die betroffenen Beschäftigten weitergeleitet hat.

Mit freundlichen Grüßen

(Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/Firmenstempel)

Dem Antrag ist eine Projektbeschreibung mit Zweck und Ziel beigefügt.

Dem Antrag ist ein detaillierter Finanzierungsplan beigefügt.

ⁱ Bitte gfs. Finanzierungsplan beifügen, insbesondere wenn sich die Finanzierung über mehrere Jahre erstreckt.

ⁱⁱ Bitte Stellenplan beifügen

ⁱⁱⁱ Der Unterzeichner/die Unterzeichnerin muss formell zur Unterschrift befugt sein.